

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Ortszeit.
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Berichtsblatt
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 141.

Sonnabend, 20. Juni 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., bei Abholung am Schalter der Postamt 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabejahrs bis Montag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Konstantinstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Im Hotel zum „Kronprinz“ hier sollen

Donnerstag, den 25. Juni 1896,

Vorm. 10 Uhr,

eine Partie Cigaretten und Virginier Zigarren, sowie ein Cigarettenkasten mit 6 Fächern gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Riesa, am 19. Juni 1896.

Der Ger.-Vollz. beim R. Amtsger.
Selt. Elsdam.

Freitag, den 26. Juni 1896,

10 Uhr Vormittags,

sollen im Hotel zum „Kronprinz“ hier eine Teigtheismaschine, 1 neuer Backrog, 1 Brot-

mulde, 1 Handwagen und 10 Dugend Stollen- und Dreieckbrotschälchen gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Riesa, 19. Juni 1896.

Der Ger.-Vollz. beim R. Amtsger.
Selt. Elsdam.

Befanntmachung.

Das fällige Schulgeld und Fortbildungsschulgeld auf das 1. Halbjahr 1896 ist baldigst, längstens aber bis zum

13. Juli a. c.

an die hiesige Stadthauptpost abzuführen.

Riesa, am 20. Juni 1896.

Der Rath der Stadt
Schwarzenberg, Stadtrath.

Domj.

Die zweite Lesung des Bürgerlichen Gesetzbuches

hat gestern im Reichstage begonnen. Es kam zunächst zu einer Kraftprobe zwischen den Freunden und den Gegnern der Weiterberatung des Bürgerlichen Gesetzbuches, die zunächst zu einem Sieg ihrer Freunde führte. Ob dieser Sieg nicht nur ein Putschsieg war, wird vielleicht schon in der nächsten Woche sich zeigen, denn es ist unvoraussichtlich, daß sich die Beschlüssefähigkeit des Hauses wird aufrecht erhalten lassen, bis man die 105 schon heute vorliegenden Abänderungsanträge und die wichtige umfangreiche Vorlage selbst durchberaten hat. Die schon auf 11 Uhr abendraumte Sitzung wollte gar nicht recht in Fluss kommen. Völlig war das übliche akademische Wiederholen vorüber, und noch immer verhandelte Präsident v. Buol eifrig mit den Führern der einer weiteren Dauer der Sitzung abgeneigten Parteien, während die Freunde der Weiterberatung dem Staatssekretär Rieseburding Muth und Trost zusprechen schienen. Am Tisch des Bundesrats waren auch Minister v. Bötticher und Professor Planck erschienen. Endlich eröffnete der Präsident die Sitzung mit der Bemerkung, daß er bei der dreimal festgestellten Beschlussfähigkeit des Hauses hinsicht Umlaub nur in den dringendsten Fällen ertheilen werde, und mit der Bitte, in Zukunft möglichst vollständig zu erscheinen. Das Zentrummitglied Rinckau eröffnete sodann die Geschäftsordnungsbeteiligung, die nach ihrer Wichtigkeit und Dauer in den Annalen des Reichstages einzigt dastehen dürfte. Er richtete an Herrn v. Bötticher die Frage, wie es bei beständigem Schlag der Sitzungen mit dem Schicksal der Strafprozeßordnung stehen würde. Herr v. Bötticher beklärte sich zu erklären: die Regierung halte nach wie vor an der Hoffnung und dem Vertrauen fest, daß das Bürgerliche Gesetzbuch noch in dieser Tagung zur Verabschlußung gelangen werde. Wenn das geschehen, werde der Reichstag nur vertagt, und die Vorarbeiten zur Strafprozeßordnung nicht verloren sein. Hierauf beantragte der Abg. Richter die Absehung des Bürgerlichen Gesetzbuches von der Tagesordnung. Die Gründe, die er für seinen Antrag anführte, waren die seit Wochen von den Gegnern der Weiterberatung vorgebrachten. Es seien noch zu wichtige Abschnitte des Entwurfes strittig, als daß man in so vorgesetzter Jahreszeit noch zur Eingangung kommen könnte, ohne die Beratung über das Rote zu brechen. Die Höhe werde das Haus nicht mehr beschlußfähig werden lassen. Der Abg. Lieber, als Haupt der augenblicklichen Regierungspartei, vertrat die entgegengesetzte Ansicht; mit Nachdruck wies er auf die „große nationale Arbeit“ hin, die man noch in diesem Reichstag bearbeiten müsse. Man möge unbeirrt und unbefürchtet in die zweite Beratung eintreten. Nur wenige strittige Punkte beständen noch. Obstruktionspolitik zu treiben, sei durchaus unangebracht. „Lassen Sie auszählern, meine Herren“, schloß Dr. Lieber, „nach jeder Ausszählung werden mehr Mitglieder im Hause sich einfinden.“ Diese Hoffnung teilte der Sprecher der Konservativen, v. Mannteufel, nicht. Er erklärte Namens seiner Partei, sie werde zwar nichts thun, die Beratungen zu unterbrechen, fürchte aber, es werde bei den Beratungen nichts herauskommen. „Wenn Ihr artige Kinder seid, so wollen wir auch vertagen“, habe Herr v. Bötticher gefragt. Wenn der Reichstag trotz des guten Willens aller Parteien nicht beschlußfähig und daher das Bürgerliche Gesetzbuch nicht verabschiedet werde, treffe die Regierung allein der Vorwurf, wenn deshalb die

Strafprozeßordnung ins Wasser fiele. Die Nationalliberalen erklärten sich darauf durch den Abg. v. Beznigsen für Weiterberatung, während Singer Namens der Sozialdemokraten für den Abstand Richter sprach. Die Sozialdemokraten haben allein 94 neue Anträge gestellt. Singer meinte nun, man wolle zwar keine Obstruktionspolitik treiben, aber gegen jede Durchpeitschung werde man alle Mittel der Geschäftsordnung anwenden, ebenso bei wichtigen Paragraphen auf namentliche Abstimmung bringen. Der Reichstag dürfe sich keinen Zwang vom Bundesrat fallen lassen. Daran knüppte Minister v. Bötticher an, als er nochmals, von vielen Zwischenrufen unterbrochen, das Wort ergreift. Die Regierung diente gar nicht daran, den Reichstag nötigen zu wollen, sie bitte nur und hoffe. Man habe nicht mehr als in früheren Jahren in dieser Tagung gearbeitet, da man später als sonst zusammengetreten sei. (Rufe: Warum?) „Warum? Ja, das braucht man heute nicht mehr zu fragen. Große Unruhe und Heiterkeit. Dann verwahrte sich der Minister gegen die Ausführung Herren v. Mannteufel. Er habe gar nicht gesagt, daß der Reichstag nicht vertagt werde, falls der Entwurf nicht durchberaten werde. Darüber sei der Kanzler sich noch gar nicht schäsig, weil er den Willen des Kaisers in diesem Fall nicht kenne. Wenn Herr Richter die Höhe ins Feld geführt, so müsse er sagen: es gäbe kaum einen höheren Ort im Deutschen Reich, als diesen Sitzungssaal. Zudem habe der Himmel ein Einsehen, es sei fübler geworden. Man möge unentwegt weiter berathen! Für Weiterberatung traten dann die Rechtpartei, die freimaurerische Vereinigung und die Polen ein. Gegeben sie sprachen die jüdischen Volkspartei und die Antisemiten. Dann schritt man zur Abstimmung. Der Antrag Richter wurde gegen die Stimmen der Konservativen, Reformer, Welsen, Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt und man trat um 1½ Uhr in die zweite Lesung ein. Die Justizisten im Hause stöhnten sich sofort als Herren der Situation, die übrigen Mitglieder überließen ihnen völlig die Herrschaft und verließen den Saal, nur 33 Abgeordnete hielten in ihm aus und hörten sich die Reden über den § 6 (Entmündigung wegen Trunksucht) an. Als man zur Abstimmung schreiten wollte, zweckte unter großer Unruhe des im Saal verbliebenen Häuflein des Abg. Iskraut die Beschlussfähigkeit des Hauses an. Präsident v. Buol aber erklärte, über die Beschlussfähigkeit könne gar kein Zweifel bestehen, flügelte die Reichsboten aus Wandelhalle und Restaurationszusammen und ließ dann abstimmen. Der § 6 wurde in der Kommissionssitzung angenommen. Unterdessen war in der Hofloge der chinesische Kaiser Li-Hung-Tschang mit Begleitung erschienen. Der Kaiser, der sein Galateid, die berühmte gelbe Reitjacke trug, sah mit schlichem Interesse dem Treiben im Sitzungssaal zu. Präsident v. Buol begab sich alsbald in die Kaiserloge, wo er sich dem hohen Gaste vorstellen ließ. Im Sitzungssaal führte man sodann eine lebhafte Debatte über die Vereinsparagraphen. Unter Ablehnung sämtlicher Anträge wurden die Vereinsparagraphen nach den Kommissionsvorschlägen angenommen. Eine namentliche Abstimmung wurde bei keinem Punkt beliebt. Zur unveränderten Annahme gelangten ferner die Abschritte: Stiftungen, Sachen, Rechtsgeschäfte, Freiheiten und Termine, Verjährung und Ausübung des Rechtes. Der Reichskanzler wohnte dem letzten Theil der Sitzung bei, die erst nach sechsfünfzig Minuten schloß.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. In Ergänzung der bisherigen Mitteilungen über die Reisepläne des Kaisers wird der Schl. Itz., aus Berlin geschrieben: „Der Kaiser hat am 18. d. M. Potsdam verlassen und wird erst am 15. August nach seiner Sommerresidenz zurückkehren. Das Programm für die Sommerreisen des Kaisers steht nunmehr genau fest. Von der Einweihung des Russischer-Denkmales reiste der Kaiser sofort nach Kiel, um die Segelparade über die aus Analog der Heimkehr der siegreichen Kaiserlichen Yacht „Wettor“ aus England bei Holtenau verjammelte Flotille abzuhalten. Der Kaiser wird seine Yacht selbst heimkehren, Prinz Heinrich wird die zur Begrüßung verjammelte und festlich geschmückte Flotille führen. Bis zum 1. Juli verbleibt der Kaiser in Kiel; Segelregatten werden in dieser Zeit in größerer Anzahl abgehalten werden. Nachdem der Kaiser am 1. Juli dem Stapellaufe für „Ersatz Preußen“ beigewohnt haben wird, tritt er sofort seine Nordlandkreise an; sie geht diesmal durch die Nordsee nach Norwegen. Bündnisse wird Christiania angelauft werden; hier besteht eine Begrüßung mit dem König Olaf und anderen Mitgliedern des schwedischen Königshauses stattfinden. Die Reisegeellschaft des Kaisers auf dieser Nordlandkreise wird im Großen und Ganzen dieselbe sein wie auf den früheren Reisen; es darf als sicher gelten, daß der deutsche Gesandte in Kopenhagen, Herr von Riederlin-Wächter, als Vertreter des Auswärtigen Amtes den Kaiser begleiten wird. Die Nordlandkreise wird 6 Wochen dauern; am 15. August ist der Kaiser, wie schon bemerkte, wieder im Neuen Palais.“

Eine Siegesnachricht kommt aus Südwestafrika. Nach einem bei dem Auswärtigen Amt eingegangenen Telegramm des Kaiserlichen Landeshauptmanns Major Leutwein vom 20. Mai wurde Rahumema und der ganze Khanas-Stamm gefangen, Nicodemus hat sich freiwillig gestellt. Der Krieg ist vorläufig beendet.

In der russischen Presse macht sich einige Empfindlichkeit darüber geltend, daß der chinesische Kaiser Li-Hung-Tschang, als er vom Kaiser Wilhelm empfangen wurde, die deutsche Armee als „die erste der Welt“ bezeichnete. In der „Nov. Wremja“ wird darüber etwas boshaft mit der Bemerkung quittiert, die Chinesen seien kaum berufen, über andere Armeen als die japanische zu urtheilen. In Deutschland kann man diese Kritik auf sich beruhnen lassen, da nur der chinesische Diplomat selbst für seine Ausführungen verantwortlich ist, mag er nur wörtlich das gemeint haben, was er sagte, oder sich mit der bei ihm zu Lande üblichen Art von Höflichkeit ausgedrückt haben. In bloßen Worten desselben würde man in Russland wohl kaum Aufstoß nehmen; eher wäre es möglich, daß in den erwähnten Preisäußerungen eine gewisse Unzufriedenheit darüber sich fundgebe, daß man in Peking, wie es scheint, eine Reorganisation des chinesischen Heeres mit Hilfe deutscher Instructoren ins Auge gefaßt hat. Deutscherseits hat man nichts gethan, um dies zu erreichen; steht doch auch durchaus dahin, ob für Deutschland Vortheile daraus hervorgehen würden. Aber in Russland erblickt man in einer derartigen Ansicht der Chinesen vielleicht die Tendenz, sich nicht einem ausschließlichen Einfluß Russlands zu überantworten.

Die „Post“ berichtet von gestern: Der Kaiser Li-Hung-Tschang hatte heute Vormittag eine etwa zweistündige Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn Marschall von Bieberstein, in der die Interessen Deutschlands und Chinas in eingehender Weise besprochen